



Magnet für ausländische Studenten

Studium. Immer mehr Studenten in Deutschland entscheiden sich für eine private Hochschule. Aus dem Ausland zieht es vor allem junge Europäer und Asiaten an deutsche Privathochschulen – die meisten schreiben sich in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ein.

Private Hochschulen in Deutschland haben in den vergangenen Jahren einen enormen Zulauf erlebt: Mittlerweile studieren dort 7 Prozent aller deutschen Studenten – also fast 166.000 –, vor zehn Jahren waren es erst 3 Prozent oder knapp 57.000 (vgl. iwd 4/2014). Und auch Stu-

denten aus dem Ausland haben die privaten Hochschulen für sich entdeckt. Von den gut 280.000 jungen Menschen aus aller Welt, die im Wintersemester 2012/2013 an einer deutschen Hochschule eingeschrieben waren, entschieden sich ungefähr 10.000 für die private Variante.

Davon waren gut 6.000 Bildungsausländer – das sind nach Definition der amtlichen Statistik jene ausländischen Staatsangehörigen, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland erworben haben – und knapp 4.000 Bildungsinländer, also Ausländer, die ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland erhalten haben.

Betrachtet man nur die Bildungsausländer, haben die staatlichen Hochschulen in Sachen Internationalisierung die Nase vorn – ihr Ausländeranteil beträgt gut 8 Prozent, bei den privaten sind es derzeit knapp 5 Prozent.

Wer als Bildungsausländer eine der privaten Hochschulen in Deutschland besucht, kommt meist aus Europa (Grafik):

Nahezu 60 Prozent aller ausländischen Studenten an deutschen Privathochschulen sind in einem europäischen Land aufgewachsen.

Eine weitere große Gruppe bilden die Asiaten, sie stehen mit einem Anteil von knapp 25 Prozent an zweiter Stelle. →

Deutsche Unis bei Europäern beliebt

So viele Bildungsausländer aus diesen Regionen studierten im Wintersemester 2012/2013 in Deutschland

	Staatliche Hochschulen	Private Hochschulen
Europa	90.498	3.576
Asien	70.726	1.492
Amerika	15.730	666
Afrika	19.560	363
Australien und Ozeanien	543	28
Sonstige	250	46
Insgesamt	197.307	6.171

Bildungsausländer: Studenten mit ausländischer Staatsangehörigkeit und Hochschulzugangsberechtigung; Sonstige: ohne Angabe, staatenlos, ungeklärt; Quelle: Statistisches Bundesamt

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 31 - Foto: Wavebreakmedia/Micro - Fotolia.com



Inhalt

Arbeitsmarkt. Die Zahl der erwerbstätigen Frauen ist in den vergangenen zehn Jahren stark gestiegen. Besonders gefragt sind Jobs im Sozialbereich. Seite 3

Unternehmen. Im ursprünglichen Sinn gibt es die Bekleidungsindustrie kaum noch, trotzdem bleibt Mode ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Seite 4-5

Branchen. Das Handwerk hat 2013 mehr als 500 Milliarden Euro Umsatz erwirtschaftet. Vor allem im Bausektor läuft es rund. Seite 6

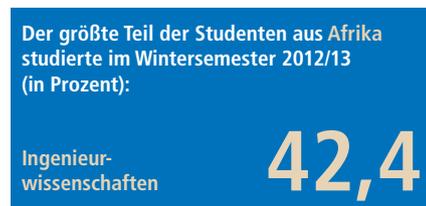
Hochzinsanleihen. Da Anleger händeringend nach höheren Renditen suchen, kommen auch Firmen mit zweifelhafter Kreditwürdigkeit an Geld. Seite 7

Steuern. Bei den Unternehmen gibt es große Unterschiede in der Akzeptanz der Gewerbesteuer, wie eine Studie der IW Consult zeigt. Seite 8

 Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Präsident:
Arndt Günter Kirchhoff
Direktor:
Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
Verbände und Unternehmen in Deutschland

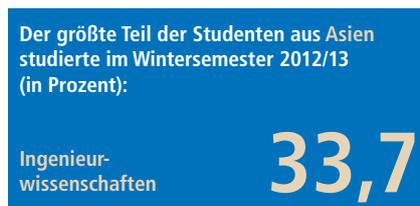
→ Beim Vergleich mit den Zahlen für staatliche Hochschulen fällt auf, dass dort im Verhältnis weniger Europäer zu finden sind, sie aber immer noch die größte Gruppe ausländischer Studenten stellen.



Nicht verwunderlich ist, dass die mit Abstand meisten Ausländer an deutschen Privathochschulen aus dem Nachbarland Österreich kommen – fast ein Viertel. An den staatlichen Universitäten sind die Österreicher mit 8,5 Prozent die zweitgrößte Gruppe der europäischen Bildungsausländer. Die meisten Österreicher studieren hierzulande Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (35 Prozent), Sprach- und Kulturwissenschaften (21 Prozent) oder Ingenieurwissenschaften (15 Prozent). Weniger gefragt sind dagegen Fächer wie Veterinärmedizin oder Sport.

Beliebt sind die Privaten auch bei den Studenten aus Russland, die mit 8 Prozent die zweitgrößte Gruppe der Europäer stellen. An den staatlichen Hochschulen machen russische Studenten mit knapp 12 Prozent sogar die größte Gruppe der europäischen Bildungsausländer aus. Auffällig ist, dass sich besonders viele Frauen aus Russland für ein Studium in Deutschland entscheiden – knapp 80 Prozent der 10.500 russischen Studenten im Wintersemester 2012/2013 waren weiblich.

Die meisten asiatischen Studenten kommen aus China. An staatlichen Hochschulen beträgt ihr Anteil unter den Asiaten 35 Prozent, an privaten 25 Prozent. Sie studieren über-



wiegend Ingenieurwissenschaften. Beliebt sind aber auch die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sowie die Fächergruppe Mathe-

matik/Naturwissenschaften mit jeweils 20 Prozent.

Vom amerikanischen Kontinent kommen vor allem US-Amerikaner



für eine Zeit lang an eine private Hochschule in Deutschland (35 Prozent), an den staatlichen ist ihr Anteil deutlich geringer und liegt nur bei 25 Prozent. Gut 15 Prozent der Studenten aus Amerika sind Brasilianer, 12 Prozent Mexikaner.

Vergleicht man die Fächerauswahl der europäischen Studenten mit dem Spektrum der Deutschen, dann zeigt sich, dass Studenten aus dem Ausland häufiger Ingenieurwissenschaften studieren und seltener zum Studium der Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften nach Deutschland kommen (Grafik).

Von den deutschen Studenten geht jeder Dritte während seines



Studiums mindestens einmal ins Ausland. Die meisten zieht es dabei aber lediglich über die Landesgrenze nach Österreich. Wer als deutscher Student ins Ausland geht, ist meist in den Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften eingeschrieben, vergleichsweise selten dagegen in Mathematik und den Naturwissenschaften.

Sozialjobs für Frauen attraktiv

Arbeitsmarkt. In den vergangenen zehn Jahren ist die Zahl der erwerbstätigen Frauen um mehr als zwei Millionen gestiegen – bei einem Beschäftigungszuwachs von insgesamt drei Millionen. Profitiert haben sie vor allem von den neuen Jobs im Sozialbereich.

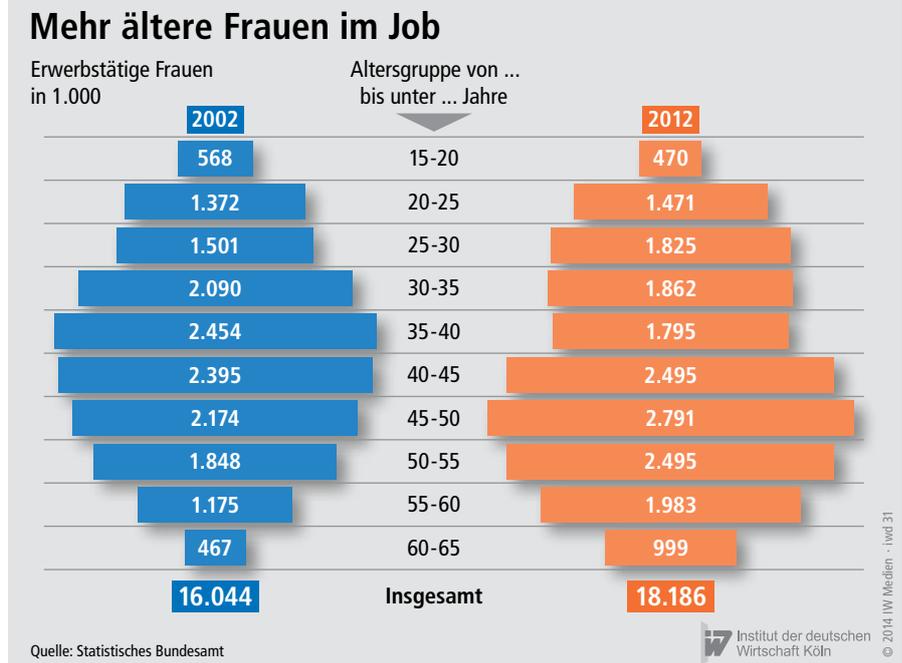
Frauen haben in den vergangenen zehn Jahren auf dem Arbeitsmarkt in vielerlei Hinsicht besser abgeschnitten als Männer. Zum Ersten stieg die Zahl der weiblichen Erwerbstätigen von 2002 bis 2012 doppelt so stark wie die der männlichen. Zum Zweiten liegt die Arbeitslosenquote von Arbeitnehmerinnen – derzeit 6,4 Prozent – nun schon seit dem Jahr 2009 unter der von Arbeitnehmern (6,6 Prozent). Und zum Dritten werden Frauen seltener gekündigt als Männer.

Allerdings gibt es auch zwei Problemzonen. Wenn Frauen dann doch einmal arbeitslos werden, finden sie nicht so schnell wieder einen Job wie Männer. Im vergangenen Jahr bekamen 45 Prozent aller arbeitslos gewordenen Männer noch innerhalb der Jahresfrist einen neuen Job, bei den Frauen betrug der Anteil lediglich 40 Prozent. Daraus folgt:

Arbeitslose Frauen waren 2013 durchschnittlich 69 Wochen ohne Job, Männer aber nur 62 Wochen.

In der Summe finden sich heute mehr Frauen auf dem Arbeitsmarkt als früher. So standen 2012 immerhin 72 Prozent aller 15- bis 64-Jährigen im Berufsleben oder suchten Arbeit, zehn Jahre zuvor waren es nur 63 Prozent.

Besonders stark ist die Erwerbstätigenquote der Frauen in der



Altersgruppe ab 45 Jahren gestiegen, nämlich innerhalb eines Jahrzehnts von 51 auf 68 Prozent. Offenbar hat inzwischen die Hausfrauenehe eine geringere Bedeutung als früher.

Dass auch immer mehr 60- bis 64-Jährige zur Arbeit gehen – ihre Erwerbstätigenquote ist von 15 auf 39 Prozent gestiegen –, hängt mit diversen Renten- und Arbeitsmarktreformen zusammen. Diese machen es finanziell unattraktiv, vor der regulären Altersgrenze aus dem Berufsleben auszusteigen.

Außerdem wachsen die geburtenstarken Jahrgänge langsam in die Gruppe der älteren Arbeitnehmer hinein. Im Ergebnis wurde der Beschäftigungsanstieg bei den Frauen daher weitgehend von den Älteren getragen (Grafik).

Der Rückgang bei den 30- bis 40-jährigen Erwerbstätigen ist allein darauf zurückzuführen, dass die Bevölkerung in dieser Altersgruppe stark geschrumpft ist.

Der Anstieg der Frauenerwerbstätigkeit in den vergangenen zehn Jahren war mit einer Änderung der Qualifikationsstruktur verbunden: Während knapp 800.000 Arbeitsplätze für Frauen ohne Berufsausbildung wegfielen, sind genauso viele Jobs für Akademikerinnen hinzugekommen. Die meisten der neu in den Beruf eingestiegenen Frauen haben aber indes eine Lehre absolviert.

Die mit Abstand meisten sozialversicherungspflichtigen neuen Stellen für Frauen sind im Gesundheits- und Sozialwesen entstanden. Hier erhöhte sich die Zahl der Sozialarbeiterinnen, Kindergärtnerinnen, Sozialpädagoginnen etc. zwischen 2003 und 2013 um mehr als 600.000 – das sind rund 40 Prozent des gesamten Zuwachses in diesem Zeitraum. Als Beschäftigungsmotor erwiesen sich zudem der Einzelhandel (162.000 Stellen), die Zeitarbeit (139.000) und der Sektor Erziehung und Unterricht (126.000).

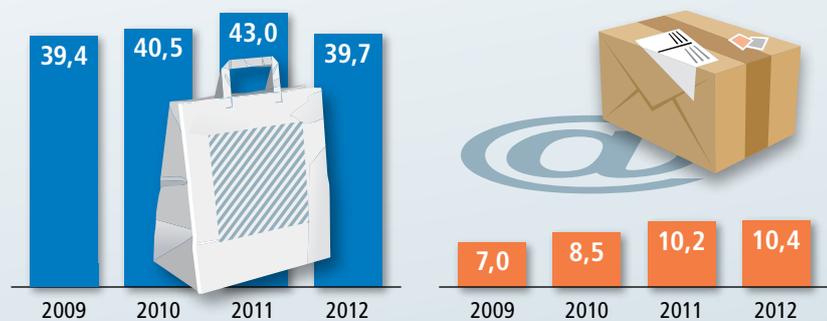
Das Geschäft mit der Mode

Unternehmen. „Die deutsche Bekleidungsindustrie gibt es im ursprünglichen Sinn nur noch in rudimentärer Form“, schreibt der Bundesverband des Deutschen Textileinzelhandels in seinem Statistikreport. Trotzdem bleibt Mode in Deutschland ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Onlinehandel holt auf

Während der Umsatz des Ladenverkaufs in den vergangenen vier Jahren nahezu stagnierte, legte der Onlinehandel zu: seit 2009 um mehr als 3 Milliarden Euro auf 10 Milliarden Euro. In einer Befragung durch den Bundesverband des Deutschen Textileinzelhandels 2012 gaben drei von vier Modefachhändlern an, dass ihnen die Konkurrenz durch den Internetverkauf die größten geschäftlichen Sorgen bereite.

Umsatz in Milliarden Euro ■ Mode-Einzelhandel ■ Versand- und Internethandel mit Mode



Mode: Textilien, Bekleidung, Schuhe und Lederwaren
Quelle: Statistisches Bundesamt

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 31

Deutschlands Modeindustrie schrumpft

Die wirtschaftliche Bedeutung der Bekleidungsindustrie in Deutschland hat stark abgenommen. Mitte des vorigen Jahrzehnts waren noch über 40.000 Menschen in diesem Industriezweig beschäftigt – heute ist es ein Viertel weniger. Der Umsatz der Branche sank im selben Zeitraum um 1,7 Milliarden Euro auf 7,5 Milliarden Euro. In einer Befragung des Gesamtverbands textil + mode zeigten sich die hiesigen Modefirmen trotzdem optimistisch für 2014: Sie rechnen mit einem Umsatzplus von 1,8 Prozent.

■ Umsatz der Bekleidungsindustrie in Milliarden Euro ■ Beschäftigte in 1.000



Betriebe ab 20 Beschäftigte
Quelle: Gesamtverband textil + mode

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - Iwd 31





So viel Umsatz mit Damenbekleidung machte der Textil-einzelhandel 2012 je Bundesbürgerin ab 15 Jahren

Herrenbekleidung brachte einen Durchschnittsumsatz von 428 Euro je Mann.

Quelle: Bundesverband des Deutschen Textileinzelhandels



Made in Bangladesh
2013 importierte Deutschland für 3,2 Milliarden Euro Bekleidung aus Bangladesch. Die Arbeitsbedingungen dort gelten als besonders schlecht. Seit 2014 gilt ein Mindestlohn von umgerechnet 50 Euro im Monat.



Made in Turkey
Die Türkei exportierte 2013 Mode im Wert von 2,1 Milliarden Euro nach Deutschland und ist damit der drittgrößte Modelieferant. Die Arbeitskosten pro Arbeiter in der türkischen Bekleidungsindustrie beliefen sich 2012 auf 3,20 Euro pro Stunde.



Made in China
China lieferte 2013 Mode im Gesamtwert von 7,9 Milliarden Euro nach Deutschland. Damit ist die Volksrepublik wichtigster Modelieferant Deutschlands. Die chinesischen Arbeitskosten lagen 2012 pro Arbeiter bei 3,05 Euro pro Stunde, der monatliche Mindestlohn beträgt 106 Euro.



Die Arbeitskosten in der Bekleidungsindustrie



im Jahr 2012 pro Stunde in Euro
Nach Berechnungen des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) kostete eine Arbeitsstunde in der hiesigen Bekleidungsindustrie pro Arbeiter rund 28 Euro – das war neunmal so viel wie in der Türkei und in China und 18-mal so viel wie in der Ukraine.

Deutschlands wichtigste Modelieferanten 2013

Bekleidungseinfuhren in Milliarden Euro
■ Veränderung gegenüber Vorjahr in Prozent

China	7,9	-2,1
Bangladesch	3,2	+10,6
Türkei	2,1	+1,2
Niederlande	1,2	+38,0
Indien	1,1	+6,3
Italien	1,1	+0,7
Vietnam	0,7	+7,6
Kambodscha	0,6	+23,4
Rumänien	0,5	+0,3
Indonesien	0,5	-5,0
Insgesamt	26,6	+2,5

Niederlande: hauptsächlich über den Hafen Rotterdam nach Deutschland eingeführte Bekleidung, selten Herstellungsland
Quelle: GermanFashion Modeverband Deutschland

Quelle: Gesamtverband textil + mode

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iw-d 31

Bau treibt Handwerk

Branchen. Die eine Million Handwerksbetriebe in Deutschland haben 2013 mehr als 500 Milliarden Euro Umsatz erwirtschaftet. Vor allem der Bauboom tut der Branche gut.

Dank Niedrigzinsen und hohen Zuwanderungszahlen läuft der Bausektor – eine tragende Säule des Handwerks – derzeit rund. Es wird so viel in neue Wohnungen und Gewerbebauten investiert wie schon lange nicht mehr. Auch Umbau und Sanierung sind für das Handwerk ein gutes Geschäft – wegen der in die Jahre gekommenen Wohnungsbestände und der Dämmmaßnahmen.

Nur der Staat ziert sich noch bei den notwendigen Investitionen in die Infrastruktur, trotz maroder Straßen und Bahnstrecken.

Das Bauhauptgewerbe und das Ausbaugewerbe steuern insgesamt etwa 40 Prozent zum Umsatz des Handwerks bei.

Dass der Bau das Rückgrat des Handwerks ist, zeigt sich auch an der Beschäftigung: In den nahezu 305.000 Betrieben des Bau- und Ausbaugewerbes arbeiten derzeit knapp 1,9 Millionen Menschen. Und dies sind lediglich jene Betriebe, für die ein Meisterbrief obligatorisch ist. Hinzu kommen noch baunahe Firmen ohne Meisterpflicht – zum Beispiel Fliesen- oder Parkettleger und Kabelverleger.

Insgesamt hängen vier von zehn Handwerksjobs am Bau.

Weil auch jenseits des Baus die Binnenwirtschaft an Fahrt gewinnt, hat das Handwerk einen sehr guten Start ins Jahr 2014 hingelegt. Viele Firmen wollen neue Mitarbeiter einstellen, wobei sich aber der Fachkräftemangel als Hindernis erweist. Zudem finden viele Handwerker wegen der demografischen Entwicklung und des Runns auf die Hochschulen keine Auszubildenden.

Dementsprechend ist der Anteil der unbesetzten Lehrstellen an allen gemeldeten Ausbildungsplätzen von gut 5 Prozent im Jahr 2009 auf fast 10 Prozent 2013 gestiegen. Parallel nahm die Zahl der Azubis von 383.000 auf 314.000 ab. Besonders im Osten mangelt es an Nachwuchs.

Mittelfristig hat die Zahl der Handwerksbetriebe zwar deutlich zugenommen, die Zahl der Beschäftigten ist gleichzeitig jedoch zurückgegangen (Grafik):

Im Jahr 2013 gab es fast ein Fünftel mehr Handwerksfirmen als 2003 – die Zahl der Beschäftigten sank aber um 7 Prozent auf 5,4 Millionen.

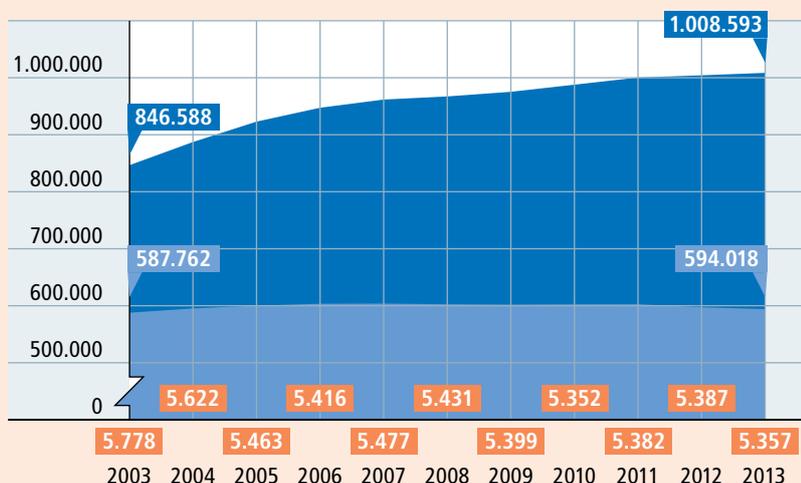
Diese gegenläufigen Trends sind unter anderem auf die Reform der Handwerksordnung 2004 zurückzuführen. Seither müssen 53 Berufsgruppen – u. a. Raumausstatter und Gebäudereiniger – keinen Meistertitel mehr vorweisen, um sich selbstständig zu machen. Dadurch kam es zu einem regelrechten Gründungsboom: Mittlerweile gibt es fast 230.000 Firmen ohne Meister – dreimal so viele wie vor der Reform. Rund 50.000 davon gehören Handwerkern aus Osteuropa.

Die Gründungswelle hat auch dazu geführt, dass ein Handwerksbetrieb heute im Durchschnitt nur noch fünf Beschäftigte hat – vor zehn Jahren waren es noch acht Mitarbeiter.

Zum Handwerk gehören im Übrigen noch die handwerksähnlichen Gewerbe – zum Beispiel selbstständig arbeitende Klavierstimmer und Maskenbildner. Für sie war schon vor der Reform der Handwerksordnung keine Meisterprüfung nötig.

Handwerk: Mehr Betriebe – weniger Beschäftigte

■ Handwerksbetriebe insgesamt
■ darunter: Betriebe, für die ein Meisterbrief verlangt wird
■ Beschäftigte in 1.000



Handwerksbetriebe insgesamt: einschließlich handwerksähnlicher Gewerbe;
Beschäftigte: einschließlich Betriebsinhabern; Quelle: Zentralverband des Deutschen Handwerks

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien · iwd 31

Jäger des verlorenen Zinses

Hochzinsanleihen. Die Niedrigzinspolitik der Europäische Zentralbank treibt seltsame Blüten: Weil Anleger händeringend nach höheren Renditen suchen, kommen auch Firmen an Geld, deren Kreditwürdigkeit zweifelhaft ist.

Caa oder A, das ist hier die Frage. Das erste Kürzel steht für „extrem spekulativ“ und das gilt zum Beispiel für eine Unternehmensanleihe des französischen Schifffahrts- und Logistikunternehmens CMA; das zweite kennzeichnet eine „sichere Anlage“ wie die Anleihe des niederländischen Finanzdienstleisters ABB, Tochter des Schweizer Elektrotechnikkonzerns ABB. Die spekulative Caa-Anleihe rentiert derzeit mit fast 8 Prozent, die sichere A-Anleihe wirft bei gleicher Restlaufzeit nur etwas mehr als 1 Prozent ab.

Hohe Rendite, hohes Risiko – die Faustregel galt zwar schon immer, doch seit die Europäische Zentralbank (EZB) und andere Notenbanken die Leitzinsen – also den Preis des Geldes – fast auf null gesetzt haben, nimmt das Volumen an

spekulativen Anlagen stetig zu. Zum Beispiel Hochzinsanleihen (sogenannte High Yield Bonds): Sie werden von Unternehmen mit niedriger Bonität herausgegeben, das heißt, die Ratingagenturen bewerten sie höchstens mit der Note BB – was wiederum bedeutet, dass bei einer Verschlechterung der Lage mit Zahlungsausfällen zu rechnen ist. Die Anleger kümmert das aber offenbar wenig (Grafik):

Seit dem Vorkrisenjahr 2007 hat sich das Volumen an neu emittierten Hochzinsanleihen in Europa etwa vierfacht.

Besonders in den derzeit konjunkturschwachen Ländern blüht das Geschäft mit den spekulativen Bonds. In Italien beispielsweise ist das Emissionsvolumen seit 2007 um 165 Prozent gestiegen, in Frankreich sogar um mehr als 600 Prozent.

Mittlerweile machen Hochzinsanleihen rund 10 Prozent des gesamten Kreditmarktes aus – fünfmal so viel wie im Jahr 2007. Mit anderen Worten: Die Qualität der Kredite auf dem europäischen Kreditmarkt

hat sich in den vergangenen Jahren spürbar verschlechtert.

Solche dreistelligen Zuwachsraten sind äußerst brisant. Denn drehen die EZB oder andere große Notenbanken irgendwann den Geldhahn zu, dann steigen die Zinsen und die Kurse dieser Anleihen stürzen ab.

In diesem aktuellen Umfeld wächst die Gefahr einer spekulativen Blase. Denn es treffen immer mehr nach hohen Renditen suchende Anleger auf viele Unternehmen, die trotz der Niedrigzinspolitik der EZB keine Kredite mehr bekommen – nicht zuletzt, weil die Banken ihre Kreditvergabe wegen der strengeren Regulierung stark einschränken.

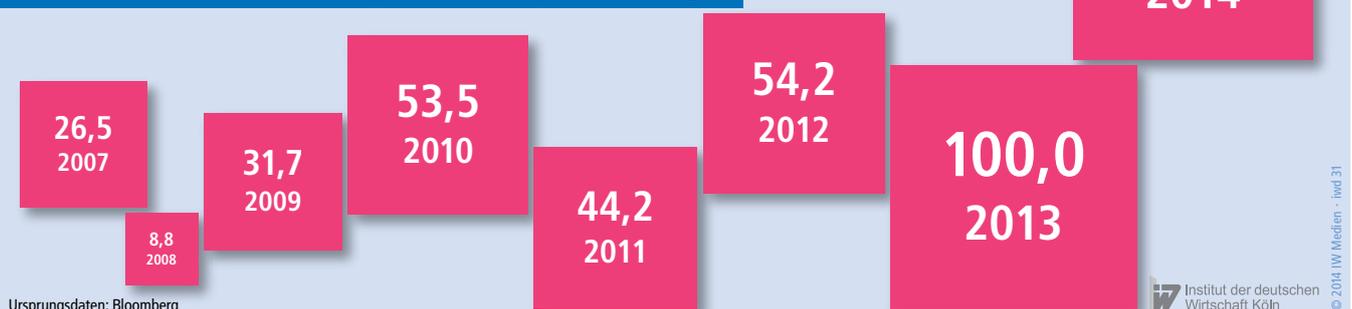
In Griechenland zum Beispiel gab 2013 die Hälfte aller kleinen und mittleren Betriebe an, vermehrt Schwierigkeiten zu haben, einen Kredit zu bekommen.

Es sind auch solche Unternehmen, die sich nun vermehrt über Hochzinsanleihen zu finanzieren versuchen. Im Zweifel trifft also Not auf Gier – bekanntlich eine sehr gefährliche Mischung.

Hochzinsanleihen: Das Milliarden-Risiko

Volumen neu emittierter Hochzinsanleihen in Europa in Milliarden Euro

Als Hochzinsanleihen (High Yield Bonds) bezeichnet man Anleihen von Unternehmen, deren Kreditwürdigkeit von den Ratingagenturen schlechter als mit BB benotet wird. Die Anleihen gelten somit als spekulative Anlage.



Ursprungsdaten: Bloomberg

iw Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 31

Gewerbsteuer? Ja, aber ...

Steuern. Eine Studie der IW Consult zeigt, dass es bei den Unternehmen große Unterschiede in der Akzeptanz der Gewerbesteuer gibt. Ausschlaggebend ist deren Höhe – aber bei weitem nicht nur.

Bei der Gewerbesteuer spielt der sogenannte Hebesatz eine zentrale Rolle. Denn die Hebesätze – die multipliziert mit dem Gewerbeertrag und der Steuermesszahl die Steuer-schuld der Unternehmen ergeben – werden von jeder Gemeinde individuell festgelegt und schwanken deshalb enorm: Die Spanne reicht derzeit von 275 Prozent in Coburg bis zu 520 Prozent in Oberhausen.

Die Institut der deutschen Wirtschaft Consult (IW Consult) hat nun die Unternehmen in allen 110 kreisfreien Städten gefragt, ob sie die Hebesätze der Gewerbesteuer an ihrem jeweiligen Standort in Relation zur Leistungsfähigkeit und Attraktivität der Stadt für angemessen

halten oder nicht. Ein Ergebnis dieser Umfrage überrascht kaum:

Grundsätzlich besteht ein enger Zusammenhang zwischen der Höhe des Hebesatzes der Gewerbesteuer und der Attraktivität des Standorts.

Ob eine Gemeinde also neue Unternehmen anlocken kann, hängt vor allem von der Höhe der Gewerbesteuer ab. Allerdings nicht nur. Denn überraschenderweise bekommen sowohl Städte mit hohen Hebesätzen eine gute Bewertung als umgekehrt auch Städte mit niedrigen Hebesätzen schlechte Noten.

So hat zum Beispiel Rosenheim einen relativ hohen Hebesatz von 400 Prozent und steht mit Wolfsburg (360 Prozent) dennoch auf Platz eins des Rankings. Ähnliches gilt für Regensburg, das sich mit einem Hebesatz von 425 Prozent immerhin auf Platz fünf einreicht (Grafik).

Ganz anders in Frankfurt an der Oder: Die Stadt erhebt zwar einen ähnlichen Hebesatz wie Rosenheim und Regensburg, nämlich 400 Prozent, landet aber auf dem vorletzten der 110 Plätze. Des Rätsels Lösung: Die Unternehmen nehmen durchaus zur Kenntnis, ob eine Stadt verantwortungsbewusst mit ihren Steuereinnahmen umgeht – oder ob damit beispielsweise nur Haushaltslöcher gestopft werden. Eines fällt in der Studie besonders auf:

Gewerbsteuer: Angemessen oder nicht?

Auf die Frage „Halten Sie die Gewerbesteuer an Ihrem Standort für angemessen, wenn Sie das Leistungsniveau und die Attraktivität der Stadt berücksichtigen?“ antworteten so viel Prozent der Unternehmen in der jeweiligen Stadt mit „Ja“

Rang

1	Rosenheim	85
1	Wolfsburg	85
3	Coburg	85
4	Memmingen	84
5	Regensburg	78
106	Hagen	26
107	Solingen	24
108	Oberhausen	23
109	Frankfurt (Oder)	21
110	Gera	7

Befragung von 5.500 Unternehmen in 110 kreisfreien Städten von Dezember 2013 bis Januar 2014; nach Nachkommastellen gerundet
Quelle: IW Consult

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

© 2014 IW Medien - iwd 31

Vier der fünf Städte, in denen die Höhe der Gewerbesteuer von den meisten Unternehmen als angemessen eingeschätzt wird, liegen im Bundesland Bayern.

Den bayerischen Kommunen wird offenbar am ehesten zugetraut, nachhaltig, unternehmensfreundlich und effizient zu wirtschaften.

Weitere Informationen finden Sie unter:
iwconsult.de/regional

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef), Irina Berenfeld, Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann, Alexander Weber

Redaktionsassistent: Ines Pelzer

Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen

Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 8,84/Monat, zzgl. € 3,08 Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer, Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann, Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft Köln Medien GmbH, Postfach 10 18 63, 50458 Köln, Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH, Meckenheim

Dem iwd wird einmal monatlich (außer Juli und Dezember) „Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektronische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter: www.pressemonitor.de

iW.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.